

**Überparteilicher Auftrag: SP / Junge SP / Grüne / Junge Grüne:****Stärkung der Sozialregion Olten: Sicherstellung der personellen Ressourcen für eine nachhaltige Mandatsführung****Auftrag**

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeindepalament einen Beschlussesentwurf<sup>1</sup> zu unterbreiten, damit die in den Kokes-Empfehlungen zur Organisation von Beistandschaften vom 18. Juni 2021 genannten Richtwerte hinsichtlich Ressourcen (Mandatsführung, Administration, Rechtsdienst) im Erwachsenen- und im Kindsschutz innerhalb von vier Jahren im Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz (AKES) der Sozialregion Olten umgesetzt werden können.

**Begründung des Vorstosses**

Die Konferenz für Kindes- und Erwachsenenschutz (KOKES)<sup>2</sup> hat in Zusammenarbeit mit der Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren, dem Schweizerischen Gemeindeverband sowie dem Schweizerischen Verband der Berufsbeistandspersonen umfassende Empfehlungen zur Organisation und Weiterentwicklung der Berufsbeistandschaften erarbeitet (Empfehlungen der Konferenz für Kindes- und Erwachsenenschutz (KOKES) vom 18. Juni 2021). Eine der Empfehlungen geht dabei explizit auf die benötigten Ressourcen zur wirksamen Führung von Mandaten im Kindes- und Erwachsenenschutz ein.

Ziel dieser Empfehlung ist es, den Gemeinden einen Richtwert zu geben, damit diese die Ressourcen im Bereich der Mandatsführung im Kindes- und Erwachsenenschutz so gestalten können, dass sie den tatsächlichen Anforderungen entsprechen. Die Arbeit im Kindes- und Erwachsenenschutz ist sehr komplex und die Fallzahlen werden aufgrund der demografischen Entwicklung weiter zunehmen. Damit Beistandspersonen diese Aufgabe bewältigen können, sind nicht nur ausreichend Ressourcen für die Beistandspersonen selbst notwendig, sondern auch administrative Unterstützungsdiene. Ausserdem empfiehlt die KOKES einen Rechtsdienst, Stellenprozente für Qualitäts- und Wissensmanagement sowie ausreichend Stellenprozente für die Leitung. Zur weiteren Entlastung der Berufsbeistandspersonen sollen zudem einfache Fälle von privaten Beistandspersonen übernommen werden. Diese müssen wiederum fachlich begleitet und instruiert werden.

Gerade mit Blick auf die Sozialregion Olten zeigt sich jedoch eine alarmierende Diskrepanz: Die dortigen Fallzahlen liegen bereits heute deutlich über den KOKES-Empfehlungen. Mit der Nicht-Verlängerung der befristeten (und weiterhin benötigten) Stellen droht eine Zuspitzung der Situation, die nicht nur fachlich unhaltbar, sondern auch gesellschaftlich unverantwortlich wäre. Dies auch mit dem Wissen, dass sich der Stadtrat bewusst ist, dass die Fallzahlen weiter zunehmen werden.

---

<sup>1</sup> Siehe: Art. 60 Begriff des Auftrages Gemeindeordnung Geschäftspalament: Der Auftrag verlangt vom Stadtrat, dem Gemeindepalament einen Reglements- oder Beschlussesentwurf zu einem Gegenstand, für den das Gemeindepalament zuständig ist, vorzulegen oder zu prüfen, ob zu einem Gegenstand ein Reglements- oder Beschlussesentwurf zu erarbeiten oder Massnahme zu treffen oder zu unterlassen sei.

<sup>2</sup> <https://www.kokes.ch/de/dokumentation/empfehlungen/berufsbeistandschaften> (23.10.2025).

Auch unter den Beistandspersonen ist das Thema des Fachkräftemangels aktuell. Durch die Einhaltung der KOKES-Richtlinien zeigt sich die Sozialregion Olten als eine attraktive Arbeitgeberin. Dadurch kann Fluktuation verhindert, Krankheitsausfälle verminder und offene Stellen auch zukünftig besetzt werden. Dies wiederum spart langfristig Kosten und erhöht die Qualität.

Die aktuelle Situation zeigt, dass die Mitarbeitenden des AKES zu stark belastet sind. Der Stadtrat ist herausgefordert, zeitnah notwendige Massnahmen zu erarbeiten, damit das AKES weiterhin seine gesetzlich vorgegebene Arbeit bewältigen kann. Durch die Bereitstellung offensichtlich benötigter Ressourcen kann langfristig die Unterstützung von schutzbedürftigen Menschen gewährleistet und Kosten eingespart werden.

Stefanie Kurt, Florian Eberhard, Lukas Lütolf und Gian Baumann